





## Troika Watch

---

März 2013

Als Reaktion auf die globale Finanzkrise und die darauf folgende Krise in der Eurozone wurde eine Task Force bestehend aus der Europäischen Kommission (EK), der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eingerichtet. Diese dreigliedrige Task Force wird als Troika bezeichnet. Sie führte mit den staatlichen Stellen in Griechenland, Irland, Portugal und Zypern Gespräche über die Haushaltspolitik.

Die Troika interveniert in Krisenländern, um Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, das Finanzsystem zu stärken und eine nachhaltige Fiskalpolitik sicherzustellen. In der Praxis spricht die Troika Empfehlungen aus, denen Regierungen in einer Krisensituation sich nicht verweigern können.

In einer Zeit, da die finanzielle, wirtschaftliche, politische und soziale Krise in Europa unvermindert andauert, startet UNI Europa Troika Watch als Einrichtung zur Überwachung der Sparpolitik. Mit Troika Watch möchte UNI Europa eine Einschätzung der Sparmaßnahmen und ihrer negativen Auswirkungen liefern und persönliche Lebensgeschichten einzelner Arbeitnehmer in den von UNI Global abgedeckten Sektoren schildern.

Das Ziel von Troika Watch ist, regelmäßig Informationen über die Auswirkungen der Krise auf die Arbeitnehmer in den Ländern zu liefern, denen Sparprogramme auferlegt wurden. Ferner werden die Mitgliedsorganisationen von UNI Europa über die Probleme in anderen Ländern berichten, die möglicherweise nicht den Weg der Haushaltskonsolidierung und der zwangsaufgelegten Sparmaßnahmen beschreiten werden, wie etwa Spanien, Malta und Italien.

Troika Watch erscheint zu einer Zeit, da Europa mit einer noch nie dagewesenen Wirtschaftskrise mit dramatischen Folgen für die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern zu kämpfen hat. Troika Watch konzentriert sich auf die Auswirkungen der Krise auf die Arbeitnehmer und auf das System der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern. Die Gewerkschaftsbewegung leidet schwer unter der Krise. Troika Watch ist in der Lage, die Sparmaßnahmen zu bewerten und die Angriffe auf die sozialen Rechte und die Rechte der Arbeitnehmer zu beobachten, die von anhaltenden europaweiten Protesten gegen die propagierte neoliberale Politik und die Agenda der Sparmaßnahmen begleitet werden. **Die Sparpolitik funktioniert nicht – der Sparkurs muss jetzt beendet werden!**

Dieses Dokument ist das erste einer Reihe von Troika Watch-Berichten. Es fördert die wahren Folgen der Krise und der auferlegten Sparmaßnahmen für die Beschäftigten in Griechenlands Dienstleistungssektor zu Tage. Es enthält ferner eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Veränderungen in den Beziehungen zwischen den Sozialpartnern und bei den sozialen Sicherungssystemen in Griechenland, dem europäischen Land, das am stärksten von der Krise getroffen wurde.

## Kollegen erzählen ihre Geschichte, während Griechenland das vierte Krisenjahr in Folge erlebt

---

Die jüngsten in Griechenland verabschiedeten Maßnahmen stellen einen Frontalangriff auf die Arbeitnehmerrechte dar und untergraben die grundlegende Rolle der Gewerkschaften im Land. Nachstehend erzählt UNI Europa wahre Lebensgeschichten seiner griechischen Mitglieder und schildert ihre Erfahrungen mit der Krise und der Umgestaltung der Tarifvereinbarungen und der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern.

**Sofia Kanta**, Vorstandsmitglied und Gleichstellungssekretärin von OTOE (dem griechischen Verband der Bankangestellten) und Mitglied des UNI Europa-Regionalvorstands, schildert Einzelheiten der Folgen der Sparmaßnahmen für die Löhne im Bankensektor. Als Ergebnis der vor kurzem vom griechischen Parlament unter dem Druck der Troika verabschiedeten Arbeitsgesetze haben Tarifvereinbarungen auf Unternehmensebene Vorrang vor Branchentarifverträgen. Läuft überdies ein Branchentarifvertrag aus (weil er vom Arbeitgeber gekündigt wurde oder einfach wegen Fristablauf) und wird kein neuer Tarifvertrag abgeschlossen, so beträgt die Nachwirkungsdauer nach Auslaufen nur noch drei Monate. Nach Ablauf dieser Frist kommen auf sektoraler Ebene (und in Unternehmen oder in Banken ohne Tarifvertrag auf Unternehmensebene) die Mindestgarantien des nationalen Tarifvertrags zur Anwendung. Der Branchentarifvertrag von OTOE läuft im Februar 2013 aus. Wird bis Mai 2013 kein neuer Tarifvertrag unterzeichnet, steht es dem Arbeitgeber frei, die Gehälter wie folgt zu ändern:

### Durchschnittsgehalt eines Bankangestellten gemäß dem Branchentarifvertrag von OTOE

Bestandteile des Gehalts	aktueller Satz gemäß Tarifvertrag (brutto, in Euro)	nach Auslaufen des Tarifvertrags (brutto, in Euro)
Grundgehalt	1,000	1,000
Familienzulage	100	-
Kinderzulage	150	150
Zulage für Universitätsabschluss	250	250
Dienstalterszulage	300	300
Kinderbetreuungszulage	100	-
Sektorale Zulagen (z.B. Kindergartenzulage)	300	-
Unternehmenszulagen (z.B. Zulage für übernommene Verantwortung)	250	-
	<b>2,450</b>	<b>1,700</b>
Eine Reduzierung von ungefähr 35%		

Das vorstehende Beispiel zeigt, dass der Arbeitgeber für jeden Arbeitnehmer nach dem Ende der Nachwirkungsfrist des Branchentarifvertrags für den Bankensektor das Grundgehalt und drei seiner Bestandteile (Zulagen für Kinder, Universitätsabschluss und Dienstalter) „beibehalten“ kann. Tatsächlich aber führt der Ablauf des Tarifvertrags für den griechischen Bankensektor zu einer Reduzierung aller Gehälter um 25 bis 75%, je nach ihrer Höhe in der Gehaltsskala, bleibt aber im Einklang mit den bestehenden Zulagen auf Unternehmensebene!



**Sofia Kanta**

Vorstandsmitglied und Gleichstellungssekretärin von OTOE,  
Mitglied des UNI Europa-Regionalvorstands

## Wahre Lebensgeschichten einzelner Mitglieder

---



**Triantafyllos Kolonias**

Organisierungssekretär bei OASE

**Triantafyllos Kolonias**, Organisationssekretär bei OASE (dem griechischen Verband der Beschäftigten im Versicherungssektor) berichtet über zunehmende Angst, die Untergrabung der Gewerkschaftsrechte und Nachrichten über empfindliche Gehaltskürzungen. „Heute Gewerkschafter in Griechenland zu sein, ist eine einmalige Erfahrung. Die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen sind vollständig zusammengebrochen. Die Gefahr, gefeuert zu werden, ist allgegenwärtig, und Arbeitslosigkeit kann sehr lange anhalten. Bei Demonstrationen gehen die staatlichen Einsatzkräfte gewalttätiger und brutaler vor, als du es dir jemals vorstellen konntest. Angst wird geschickt über die Massenmedien verbreitet. Zudem musst du gegen das Misstrauen ankämpfen. Solange ich denken kann, hat es Misstrauen gegenüber den Gewerkschaften gegeben. Ein Mensch, der Angst hat, wird noch misstrauischer. Und natürlich nutzen die Arbeitgeber die Situation nach Möglichkeit zu ihrem Vorteil aus. Sie haben die Masken fallen lassen, und jeder kann ihr wahres Gesicht erkennen. Ich persönlich wurde von meinem Unternehmen gezwungen, auf alle Sozialleistungen zu verzichten, die in den „ehemaligen Tarifverträgen“ festgelegt und von diesem geschützt waren. Jetzt muss ich für jede einzelne Gewerkschaftsaktivität um Erlaubnis bitten. Zumindest wollen sie das. Zudem wurden mein Gehalt gekürzt und meine Steuern erhöht, meine Rentenbeiträge wurden mir „gestohlen“, vor allem aber haben sie versucht, in meinem Umfeld Hoffnungslosigkeit zu verbreiten. Klingt furchtbar? Nun ja... Ich war noch nie in meinem Leben so stolz, aktiver Gewerkschafter zu sein. Ich habe mich noch nie so nützlich gefühlt. Ich habe mich noch nie so frei gefühlt. Und ich weiß, dass ich nicht allein bin.“



**Efi Fotopoulou**

Emporiki Bank, Reinigungs- und Wartungssektor

**Efi Fotopoulou**, Emporiki Bank, Reinigungs- und Wartungssektor, berichtet über die Verschlechterung der Lebensqualität griechischer Arbeitnehmer, die sich die Heizkosten nicht mehr leisten können. „In dem Haus, in dem ich lebe, hatten wir seit dem letzten Winter keine Zentralheizung mehr. Die Mehrzahl der Bewohner kann ihren Anteil an den Heizölkosten für die Zentralheizung nicht mehr bezahlen. Die Heizölpreise waren bereits im Jahr 2011 um 40% gestiegen.“



**Panos Kyriakoulis**

Organisationssekretär bei OIYE, Dienstleistungssektor

**Panos Kyriakoulis**, Organisationssekretär bei OIYE (dem griechischen Verband der Beschäftigten in der Privatwirtschaft), Dienstleistungssektor, erläutert, was die Abschaffung des allgemeinen Tarifvertrags und die komplette Deregulierung des griechischen Arbeitsmarktes in der Praxis bedeuten. „Das umfangreiche Sparprogramm, das Griechenland von der Troika (IWF, EK, EZB) aufgebürdet wurde, hat eine Rezession katastrophalen Ausmaßes hervorgerufen und im Grunde die Wirtschaft in eine Sackgasse geführt. Die vollständige Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Aufhebung der Tarifverträge in allen Sektoren (auch im Dienstleistungssektor) hatten überdies für die Arbeitnehmer unerträgliche Lohnsenkungen zur Folge. In meinem Unternehmen sind die Gehälter in den letzten zweieinhalb Jahren um mehr als 45% gesunken, und die Belegschaft wurde gezwungen, neue individuelle Arbeitsverträge zu unterzeichnen. Unsere Kaufkraft fällt auf das Niveau der 70er Jahre. Zusätzlich zu den 1,5 Millionen Arbeitslosen stellen wir außerdem zunehmend Armut bei Menschen fest, die Arbeit haben. Bereits 35% der Bevölkerung leben unterhalb der offiziellen Armutsgrenze.“



**Giota Dandoulaki**

Postsektor, griechische Post

**Giota Dandoulaki**, vom Postsektor bei der griechischen Post schildert ihre schwierige persönliche Situation nach einer drastischen Gehaltskürzung. „Mein Gehalt wurde um 35% reduziert. Letztes Jahr erhielt mein Mann von seinem Arbeitgeber die Kündigung. Er ist 36 Jahre alt und jetzt seit zwei Jahren auf Arbeitssuche. Wir haben einen vier Jahre alten Sohn. Zurzeit ist es unmöglich, an ein zweites Kind zu denken. Wir haben Glück, dass ich noch Arbeit habe, aber wir müssen unseren Lebensstandard senken und unsere persönlichen Ausgaben auf ein Minimum beschränken.“



**Petroula Socratous**

Griechische Zentralbank,  
Präsidentin von SEPTTE,  
F&F - Finanzsektor

**Petroula Socratous**, griechische Zentralbank, Präsidentin von SEPTTE, F&F - Finanzsektor, erzählt, dass ihre Söhne wegen besserer Jobaussichten im Ausland studieren. „Die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland hat mittlerweile 53% erreicht. Mein Sohn hat sein Studium an einer griechischen Universität unterbrochen. Er setzt sein Studium in einem anderen EU-Land fort, wo er bessere Aussichten hat, nach dem Abschluss eine Stelle zu finden. Mein zweiter Sohn wird ihm vermutlich bald folgen, wenn das Familienbudget es noch zulässt.“



### **Maria Argyrou**

Einzelhandelssektor,  
Vorsitzende der Arbeitnehmergewerkschaft bei ALEX PAK

**Maria Argyrou**, Vorsitzende der Arbeitnehmergewerkschaft bei ALEX PAK, Einzelhandelssektor, erläutert die Folgen der Deregulierung für die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern in Griechenland. „Das Unternehmen, bei dem ich beschäftigt bin, ALEX PAK (ein griechischer Haushaltswarenhändler), hatte 2009 870 Beschäftigte und 36 Einzelhandelsgeschäfte. Heute, drei Jahre nach den desaströsen Folgen der Sparmaßnahmen und den Auswirkungen der Rezession auf den Einzelhandel, hat das Unternehmen noch 200 Mitarbeiter und 15 Geschäfte wurden geschlossen. Gleichzeitig nutzen die Arbeitgeber den arbeitnehmerfeindlichen gesetzlichen Rahmen, den die Regierungen in den vergangenen Jahren verabschiedet haben, voll aus und zwingen die Mitarbeiter in Arbeitszeitregelungen von zwei Tagen pro Woche bei einem Gehalt von 340 Euro. Hinzu kommt, dass dieser Minimalbetrag noch nicht einmal rechtzeitig vom Unternehmen bezahlt wird und die Mitarbeiter mehr als drei Monate lang keinen Lohn erhalten haben.“



### **Christos Katselidis**

Arbeitslos, ehemaliger Angestellter bei BNP Paribas und Vorsitzender der Arbeitnehmergewerkschaft von BNP Paribas, Griechenland

**Christos Katselidis**, arbeitslos, ehemaliger Mitarbeiter von BNP Paribas und Vorsitzender der Arbeitnehmergewerkschaft bei BNP Paribas/Griechenland, beschreibt die schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage, in die seine Familie geriet, nachdem er seinen Arbeitsplatz verloren hatte. „Ich habe mehr als zwanzig Jahre für die griechische Tochter von BNP PARIBAS (eine französische Bank), einem der größten Finanzinstitute der Welt, gearbeitet. Jetzt stellt die Bank ihre Aktivitäten hier ein und verlässt Griechenland. Ich suche nach einem neuen Job, aber es gibt keinen. Die gesamte Situation und die wirtschaftlichen Sorgen haben meine Frau stark belastet. Sie leidet inzwischen an einer schweren Depression, weil wir nicht wissen, was morgen sein wird. Sie will unsere Kinder nicht mehr sehen, und kann sich nicht mehr um sich selbst kümmern. Die Situation hat bei uns allen Spuren hinterlassen, und die Seelen unserer Kinder und auch meine geschädigt. Meine Frau ist zwar in ärztlicher Behandlung, doch die verschriebenen Medikamente sind oft in den Apotheken nicht erhältlich, weshalb die Medikation ständig geändert werden muss. Hinzu kommt, dass die Krankenversicherungsbeiträge durch einen Erlass der Regierung derart erhöht wurden, dass eine medikamentöse Behandlung unerschwinglich geworden ist. Die Kinder mussten alle außerschulischen Aktivitäten einstellen. Früher besuchten sie einen Leichtathletikkurs, der pro Kind 40 Euro kostete, und erhielten Tanzstunden zu je 30 Euro pro Kind. Jetzt kann ich mir nur noch den Englischkurs für meine Kinder leisten, aber das ist unbedingt nötig, da sie in der öffentlichen Schule, die sie besuchen, niemals eine Fremdsprache lernen werden. Ich habe meine kränkelnde und bettlägerige Mutter immer finanziell unterstützt. Jetzt bin ich in der hoffnungslosen Lage, sie in einem Heim unterbringen zu müssen, da ich wohl in diesem Winter ihre Heiz- und Lebenshaltungskosten nicht mehr bezahlen kann. Es ist jedoch so, dass kein Altersheim sie aufnehmen wird, weil alle belegt sind und meine Mutter nur eine kleine Rente bezieht. Noch tragischer ist aber, dass ich Steuern zahlen muss, die mir mit der Stromrechnung abgezogen werden. Wenn du diese Steuern nicht bezahlt, stellen sie dir den Strom ab.“

## Arbeitsmarkt und sozialer Schutz verändern sich in Griechenland im vierten Jahr der Krise

---

Die griechischen Gewerkschaften haben während des gesamten Jahres 2012 immer wieder ihre Mitglieder mobilisiert und beinahe wöchentlich zu Protesten aufgerufen. Die Gewerkschaftsbewegung in Griechenland ist der festen Überzeugung, dass die verordneten Sparmaßnahmen und die Deregulierung des Arbeitsmarktes keine nachhaltige Lösung für die haushaltspolitischen Schwierigkeiten und Wettbewerbsprobleme der griechischen Wirtschaft darstellen. Die auferlegten Maßnahmen verschlimmern eine bereits schwierige soziale Situation. Sie dienen den Interessen der Großunternehmen, von denen einige das Land bereits verlassen haben, was das Problem der zu geringen Steuereinnahmen weiter verschlimmert. Bei ihren Mobilisierungsaufrufen haben die griechischen Gewerkschaften die Flexibilisierung der Vorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer verurteilt. Die von der Troika geforderten Lohnsenkungen und die Deregulierung der Tarifverhandlungssysteme haben die Autonomie der Sozialpartner drastisch eingeschränkt. Sie erschweren sämtliche Anstrengungen zur Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen. Die Troika „empfiehlt“ Sparmaßnahmen, bietet aber keine Alternative als Lösung an.

Das europäische System der wirtschaftspolitischen Steuerung, das derzeit erarbeitet wird, betrachtet Löhne und Tarifverhandlungssysteme als „Verkrustungen“ auf nationaler Ebene. Die länderspezifischen Empfehlungen, die strukturelle Anpassungsmaßnahmen forderten, wurden auf Kosten der griechischen Arbeitnehmer umgesetzt. Die Sparmaßnahmen schufen einen dramatischen Präzedenzfall: sie sind eine „Blaupause“ für künftige Anpassungen in anderen europäischen Ländern. Während vordergründig über Haushaltsanpassungen verhandelt wird, hatten Arbeitnehmer und Rentner mit geringem Einkommen in Griechenland die Hauptlast der vorgegebenen Sparmaßnahmen zu tragen. Die Mitgliedsorganisationen von UNI Europa in Griechenland und andere Gewerkschaften waren von Anfang an gegen die vorgeschriebenen Sparmaßnahmen. Trotz der „guten“ Absichten der Troika, Griechenland aus der Krise und zu Wirtschaftswachstum zu verhelfen, stellt sich die Wirklichkeit vor Ort anders dar: die griechischen Arbeitnehmer erleben die Wirkungslosigkeit der Maßnahmen und die daraus folgende soziale Ungerechtigkeit.

Die Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen und der Angriff auf die Rechte der Gewerkschaften verschlimmern eine bereits explosive Situation, die in sozialen Unruhen und einer weiteren Verarmung der griechischen Arbeitnehmer und Bürger zum Ausdruck kommt. Sparmaßnahmen in Krisenländern funktionieren nicht. Die gesamte europäische Gewerkschaftsbewegung fordert einen ernsthaften und wirksamen Kurswechsel und verlangt wachstumsfreundliche Investitionen sowie die Rückkehr zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze.

Das vorgeschlagene Rezept bürdet den Ländern am Rande der Eurozone schmerzhaft Sparmaßnahmen, drastische Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und den Verkauf des nationalen Vermögens zu Spottpreisen auf. Griechenland hat unter strengen Auflagen noch nie dagewesene haushaltspolitische und strukturelle Anpassungen umgesetzt, um im Gegenzug Hilfszahlungen zu erhalten. Die internationalen Staats- und Regierungschefs betreiben mit der Troika neoliberale Strukturreformen und verhängen Ausgabenkürzungen, welche aber die Ursachen der Krise nicht anpacken. Die Troika forderte die Deregulierung des Arbeitsrechts. Das nationale Parlament hat daraufhin eine vollständige Umstellung der Tarifvereinbarungen und die Aufweichung des Wohlfahrtsstaates gebilligt. Während Griechenland im Herbst 2012 auf eine Einigung über die Freigabe der Gelder (44 Milliarden Euro der längst überfälligen Hilfe) wartete, wurden kurzfristige Anleihen begeben, um die fällig werdenden Staatspapiere zu bezahlen. In Griechenland überwogen Zorn und Frustration über die von der amtierenden Regierung umgesetzten schmerzhaften Sparmaßnahmen. Griechenland benötigte die nächste Hilfstranche, um seine Schulden weiter bedienen zu können und den Staatsbankrott zu vermeiden. Bei der letzten Sitzung des Europäischen Rates am 13. Dezember 2012 wurden Hilfen in Höhe von 34,3 Milliarden Euro genehmigt. Die Mitgliedstaaten haben der Auszahlung der nächsten Tranche durch die Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) zugestimmt. Sie wird die griechische

Staatsverschuldung bis 2020 substanziell auf 124% des BIP senken. Schätzungsweise 27,3 Milliarden Euro aus dieser Tranche werden für den Rückkauf von Staatsanleihen und die Rekapitalisierung der Finanzinstitute verwendet.

**Entlassungen, das Kürzen und Einfrieren der Löhne, Renten und Sozialleistungen, gestiegene und exorbitante Steuersätze, Privatisierungen und strukturelle Anpassungen; all dies ergibt zusammen ein düsteres Bild der drastischen Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Demontage der Arbeitsmarktinstitutionen.**

In Griechenland werden die Sparmaßnahmen unter vollständiger Missachtung der Bedürfnisse der Arbeitnehmer und Bürger durchgedrückt. Die griechische Wirtschaft versinkt immer tiefer in der Rezession, was einschneidende, dramatische Folgen für die griechische Gesellschaft hat.

### **Arbeitslosigkeit**

- Die Arbeitslosenquote stieg von 25,4% im August 2012 auf 26% im September 2012. Das entspricht nach Spanien (26,6%) der zweithöchsten Arbeitslosenquote in der EU.
- Bei den Jugendlichen erreichte die Arbeitslosigkeit 57,6%; das ist die höchste Quote in der EU.
- Bei den weiblichen Jugendlichen in Griechenland stieg die Arbeitslosigkeit auf nie dagewesene 66%. Die Frauenarbeitslosigkeit insgesamt ist ebenfalls gestiegen und beträgt jetzt 30,1%.
- Mehr als 1.500.000 Menschen waren im letzten Quartal 2012 ohne Arbeit.
- Die Zahl der Massenentlassungen hat sich verdoppelt.

### **Entwicklung der Löhne und Sozialleistungen**

- Die neuen Maßnahmen brachten die Inkraftsetzung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns mit sich, mit dem die Unterscheidung zwischen ungelerten Arbeitern und Facharbeitern aufgehoben wurde.
- Für Arbeitnehmer, die mindestens 25 Jahre alt sind, wurde der Mindestlohn auf 586,08 Euro pro Monat festgelegt, für Arbeitnehmer unter 25 Jahren beträgt er 510,95 Euro. Der geltende Mindestlohn wurde um 22% und für junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren um 32% gekürzt.
- Haupt- und Zusatzrentenleistungen wurden gekürzt (Rentenleistungen zwischen 1.000 und 1.500 Euro wurden um 5% gekürzt, Rentenleistungen zwischen 1.500 und 2.000 Euro um 10% und Rentenleistungen über 2.000 Euro um 15%).
- Das Rentenalter wurde für alle Arbeitnehmerkategorien um 2 Jahre auf 67 Jahre angehoben.
- Die Arbeitnehmerbeiträge zu Haupt- und Zusatzrentenfonds wurden um 3% bzw. 12% erhöht.
- Die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und die Lohnnebenkosten wurden gesenkt.
- Der Steuerfreibetrag (für Renten und Löhne) wurde um mehr als die Hälfte gekürzt (von 12.000 auf 5.000 Euro).
- Familienzulagen und Sachleistungen wurden gekürzt und in einigen Fällen gestrichen. Die Kindergartenzuschüsse wurden gesenkt, was zur Schließung zahlreicher Kindergärten führte.
- Die Sozialleistungen für bestimmte Kategorien wurden drastisch gesenkt ebenso wie das Arbeitslosengeld (das höchstens noch 200 Euro monatlich beträgt und nicht länger als 12 Monate gewährt werden kann).
- Der Arbeitnehmeranteil an den Kosten der Gesundheitsversorgung wurde deutlich erhöht.

## **Tarifvereinbarungen und Arbeitsverträge**

- Nach einseitiger Kündigung oder nach regulärem Ablauf des Tarifvertrags dauert der tarifvertragliche Schutz noch drei Monate an (Nachwirkung).
- Der Arbeitgeber kann Arbeitsverträge einseitig ändern und Vollzeitverträge in Teilzeitverträge umwandeln.
- Die Kündigungsfrist bei Entlassungen wurde um die Hälfte gekürzt, ebenso die Abfindungszahlung.
- Die Zahl der individuellen Vereinbarungen und Arbeitsverträge steigt enorm an: in einigen Fällen hat dies zu Lohnkürzungen von bis zu 23,36% geführt.
- Arbeitnehmer im Privatsektor erhalten über längere Zeiträume kein Gehalt (zwei Monate und länger).
- Die Umwandlung von Vollzeitarbeitsverträgen in flexible Beschäftigungsvereinbarungen ist um 337% gestiegen.
- Die Schwarzarbeit hat zugenommen: in den Restaurants arbeiten 58,2%, im Einzelhandel 8,7% und im verarbeitenden Gewerbe 11% der Beschäftigten schwarz.
- Der Deregulierung der verpflichtenden Arbeitszeit wurde Tür und Tor geöffnet. Die Arbeitszeiten der Arbeitnehmer sind nicht länger an die Öffnungszeiten der Betriebe geknüpft. Das Verfahren, dass Überstunden zuvor von der Gewerbeaufsichtsbehörde genehmigt werden müssen, wurde abgeschafft.
- Jetzt kann die Arbeitszeit täglich oder wöchentlich vom Arbeitgeber festgelegt werden.

## **Mangelnder gesellschaftlicher Zusammenhalt und Verschlechterung der sozialen Bedingungen**

- Durch die Wirtschaftskrise gingen mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze im Privatsektor verloren. Damit brachte die Krise in Griechenland großes Leid über Menschen und Gesellschaft.
- In den vergangenen zweieinhalb Jahren wurden 100.000 Unternehmen aufgelöst; die griechische Wirtschaft befindet sich das sechste Jahr in Folge in einer Rezession.
- Die Kaufkraft der Bevölkerung ist drastisch gesunken, und die Serie von Sparvereinbarungen und Memoranden hat zu einer weitreichenden Verschlechterung der bereits rudimentären Systeme der sozialen Sicherheit und des sozialen Schutzes geführt.
- Viele Arbeitnehmer wurden zu „Vorruhestandsregelungen“ gedrängt mit entsprechender Reduzierung ihres Renteneinkommens.
- Die drastischen Kürzungen der öffentlichen Ausgaben haben zu einer Verschlechterung der Lebensqualität und zu einem offenen Angriff auf die bereits minimalen öffentlichen und sozialen Dienstleistungen (Bildung, Gesundheitsversorgung) geführt.
- Die Sozialpolitik wurde geändert und Beihilfen wurden gekürzt, was in der Schließung von Altenpflegeeinrichtungen resultierte.
- Die Geldstrafen für Rechtsverstöße durch Arbeitgeber wurden reduziert.
- Die drastischen Kürzungen bei den Leistungen der Sozialhilfe und der Sozialfürsorge veranlassten zahlreiche junge Griechen aufs Land zurückzukehren und die Hauptstadt zu verlassen, in der Mieten und die täglichen Lebenshaltungskosten unerschwinglich geworden sind.
- Hochqualifizierte Arbeitskräfte verlassen das Land, wenn sie die Möglichkeit dazu haben.
- Die Selbstmordrate stieg zwischen 2010 und 2011 um 40% an. Experten führen diesen Anstieg in einem Land, das bisher die niedrigste Selbstmordrate Europas aufwies, auf die Wirtschaftskrise zurück.





**UNI EUROPA**

40, rue Joseph II  
BE - 1000 Brussels

Tel. (+32 2) 234 56 56

Fax (+32 2) 235 08 70

Email. [uni-europa@uniglobalunion.org](mailto:uni-europa@uniglobalunion.org)

[www.uniglobalunion.org](http://www.uniglobalunion.org)